



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
512 Abteilung für Kinder- und Jugendförderung

Vorlagen-Nummer

082/06

1

Sitzungsvorlage

Datum: 10. März 06

Beratungsfolge		Sitzungsdatum	TOP
1. Vorberatung	Jugendhilfeausschuss	21.03.2006	172
2. Beschlussfassung	Stadtrat		
3.			
4.			

**Resolution zu Kürzungen der Landesregierung NRW im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe
hier: Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2006**

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt, die in Anlage 2 zu dieser Vorlage formulierte Resolution zu Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe der Landesregierung NRW zuzuleiten.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft		Unterschriften	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt

Die seinerzeitige rot-grüne Landesregierung hatte im Rahmen ihrer Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 den Haushaltsansatz Landesjugendplan von rd. 96,5 Mio. Euro auf rd. 80 Mio. Euro (2004) und rd. 75 Mio. Euro (2005) gesenkt, wobei ursprünglich noch weitergehende Einsparungen (Ansätze 2004/2005: 67,5 bzw. 58,2 Mio. Euro) vorgesehen waren.

Vor dem Hintergrund der daraus resultierenden Konsequenzen für die Kinder- und Jugendarbeit bildete sich eine *Volksinitiative* („Jugend braucht Zukunft“), die es innerhalb kürzester Zeit schaffte, rd. 175.000 Unterschriften für ihr Anliegen zu sammeln. Unter dem Eindruck dieses Votums beschloss der Landtag NRW am 6.10.2004 ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz; der Kinder- und Jugendförderplan löst den Landesjugendplan ab.

Das neue Gesetz trat zum 01.01.2005 in Kraft, wobei allerdings die finanzielle Ausstattung auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2003 von rd. 96 Mio. Euro erst ab 01.01.2006 wirksam werden sollte.

Am 17.01.2006 hat nun die neue Landesregierung beschlossen, den Finanzierungsteil des Gesetzes nicht umzusetzen und die Landesmittel für den Kinder- und Jugendförderplan nicht anzuheben, sondern ihn auf dem Stand 2005 (75 Mio. Euro) zu belassen.

Dies hat erneut vielfältige Proteste von Kommunen, Verbänden und freien Trägern hervorgerufen. Außerdem wurden eine Neuauflage der *Volksinitiative* („Jugend braucht Vertrauen“) sowie eine weitere *Volksinitiative* (NRW 2006) gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien ins Leben gestartet.

Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 13.02.2006 (Anlage 1) beantragt, eine Resolution gegen die beabsichtigten Kürzungen der Landesmittel zu beschließen.

Im Sinne des Antrages der Ratsfraktionen von SPD u. Bündnis 90/Die Grünen wird seitens der Verwaltung als Anlage 2 ein Textentwurf einer Resolution zur Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und Beschlussfassung im Rat beigefügt.

Haushaltsrechtliche Betrachtung

1. Für den Jugendamtsbereich Eschweiler wurden aus dem Landesjugendplan für die anerkannten offenen Jugendeinrichtungen folgende Mittel bewilligt:

Träger	2003	2004	2005	2006 (zu erwarten)
St. Peter u. Paul	15.593	11.686	11.452	11.452
St. Marien	9.356	7.012	6.871	6.871
St. Antonius (Röhe)	7.796	5.844	5.726	5.726
Ev. Weisweiler	15.593	11.686	11.452	11.452
freie Träger insgesamt	48.338	36.228	35.501	35.501
Stadt Eschweiler („Oase“)	39.225	29.398	28.813	28.813
Landesmittel insgesamt	87.563	65.626	64.314	64.314
Differenz gegenüber 2003	-	21.937	23.249	23.249

Die Stadt Eschweiler hat im Haushaltsjahr 2004 die Mindereinnahme der freien Träger aus Landesmitteln gegenüber 2003 in Höhe von **12.000 €**, im Haushaltsjahr 2005 in Höhe von **12.900 €** kompensiert. Rechnet man die Mindereinnahme (gegenüber Haushaltsjahr 2003) für den städt. Kinder- u. Jugendtreff „Oase“ (2004: 9.827 €; 2005: 10.412 €) hinzu, so hat der Haushalt der Stadt Eschweiler in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 resultierend aus reduzierten Landesmitteln für offene Jugendeinrichtungen eine Belastung in Höhe von **21.872 €** bzw. **23.312 €** erfahren.

Die Haushaltspositionen für die Vereinnahmung (freie Träger u. „Oase“) und Weiterleitung von Landesmitteln sowie für die (städt.) Zuschüsse zu den Betriebskosten der Jugendfreizeitheimen freier Träger sind im Unterabschnitt 460 aufgeführt.

2. Neben den v.g. Auswirkungen werden die weiteren geplanten Kürzungen der Landesförderung im Bereich von Kindern, Jugendlichen und Familien nach derzeitigem Kenntnisstand auch bei den Kindertagesstätten finanzielle Konsequenzen für die Kommunen zur Folge haben.
Eine sich darauf beziehende Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nebst entsprechender Stellungnahme der Verwaltung sind als Anlage 3 beigefügt.

Anlagen

1. Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.02.2006
2. Entwurf eines Anschreibens an den NRW-Ministerpräsidenten Rüttgers
3. Antrag der Fraktionen von SPD u. Bündnis 90/Die Grünen v. 27.01.2006 und Stellungnahme der Verwaltung zu v.g. Antrag

Anlage 1

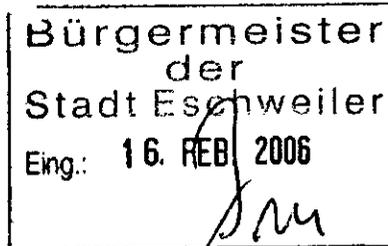
**Fraktion Bündnis 90 /
Die Grünen**

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Eschweiler

Herrn
Bürgermeister Bertram
Rathausplatz 1

52249 Eschweiler



Antrag 1/51

Eschweiler, 13.02.2006

Kinder- und Jugendförderungsgesetz unverändert lassen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

der Rat der Stadt Eschweiler fordert den Landtag auf, die von der Landesregierung vorgelegte Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes abzulehnen.

Der Landtag hat in der letzten Legislaturperiode erstmals ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz verabschiedet und der Kinder- und Jugendarbeit damit eine verlässliche und berechenbare Grundlage gegeben.

Für die Finanzierung dieser unverzichtbaren Arbeit war der Anteil der Landesfinanzierung für die Jahre 2006 bis 2010 auf 96 Mio. € festgelegt worden. Die Landesregierung will diesen Betrag nun auf 75 Mio. € kürzen, also um mehr als 20%.

Der Landesjugendring NRW hat gegen diesen politischen Wortbruch protestiert und eine erneute Volksinitiative gestartet. Der Rat der Stadt Eschweiler unterstützt diese Initiative und bittet alle Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenfalls um deren Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Franz-Dieter Pieta
(Fraktionsvorsitzender)

Leo Gehlen
(Fraktionsvorsitzender)

FK an:

CDU-Fraktion
UWG-Fraktion
FDP-Fraktion



Anlage 2

Eschweiler,
Rathausplatz 1
Telefon: 02403/71200

**STADT ESCHWEILER
DER BÜRGERMEISTER**

An den
Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Jürgen Rüttgers
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Resolution des Rates der Stadt Eschweiler zu Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rüttgers,

der Rat der Stadt Eschweiler spricht sich dafür aus, die durch die von Ihnen geführte Landesregierung beschlossene Kürzung der Landesmittel im Kinder- und Jugendförderplan 2006 von 96 Mio. Euro auf 75 Mio. Euro rückgängig zu machen.

Nach den Kürzungen der Landesmittel in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 mit daraus resultierenden substanziellen Problemen für nicht wenige Träger und Einrichtungen sind Jugendverbände, freie und kommunale Träger, aber auch die von ihnen in Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitmaßnahmen erreichten Kinder und Jugendlichen und deren Familien davon ausgegangen, dass gemäß Kinder- und Jugendförderungsgesetz vom 06.10.2004 zum 01.01.2006 wieder Landesmittel in Höhe von 96 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Die beschlossene Kürzung unterminiert eine der wesentlichen Ziele des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes, nämlich den Trägern, ihrem Personal und den verschiedenen von ihnen angesprochenen Zielgruppen eine verlässliche und berechenbare Grundlage zur Verfügung zu stellen, die nötig ist, um die für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen notwendige Kontinuität und Qualität aufbieten zu können.

In diesem Sinne appelliert der Rat der Stadt Eschweiler an die Landesregierung, den Kinder- und Jugendförderplan 2006 mit den benötigten 96 Mio. Euro auszustatten sowie auf die beabsichtigten Kürzungen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder, der Familienbildungsstätten und der Erziehungs- und Familienberatung zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Bertram

Anlage 3

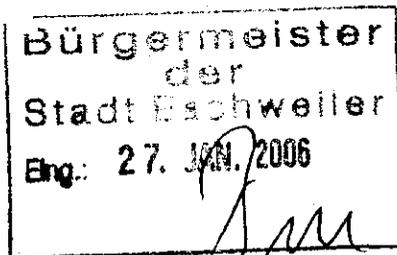
**Fraktion Bündnis 90 /
Die Grünen**

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Eschweiler

Herrn
Bürgermeister Bertram
Rathausplatz 1

52249 Eschweiler



Handwritten signature

Handwritten initials

Eschweiler, 27.01.2006

Neuregelung der Elternbeiträge für Tagesstätten durch die Landesregierung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

die Landesregierung hat den kommunalen Spitzenverbänden den Entwurf für eine Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zugeleitet, nach dem vorgesehen ist, den Anteil des Landes an den Betriebskosten der Tagesstätten auf 30,5 % zu begrenzen und künftig die Höhe der Elternbeiträge durch Entscheidungen der örtlichen Träger der Jugendhilfe festsetzen zu lassen. Weiterhin ist vorgesehen, die Erstattung von Sachkosten im Jahr 2006 abzusenken.

Wir fragen deshalb an

1. In welcher Höhe ist mit einem Ausfall von Landeszuschüssen zu den Betriebskosten der Tagesstätten aufgrund der beabsichtigten Neuregelung zu rechnen?
2. In welchem Umfang müssten rechnerisch die Elternbeiträge erhöht werden, um die wegfallenden Landeszuschüsse für den Haushalt auszugleichen?
3. Wie hoch ist die Mindereinnahme der Tagesstättenträger im Bereich des Jugendamtes Eschweiler aufgrund der Absenkung der Sachkostenförderung?

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Franz-Dieter Pieta

Franz-Dieter Pieta
(Fraktionsvorsitzender)

FK an:

CDU-Fraktion
UWG-Fraktion
FDP-Fraktion

Handwritten signature of Leo Gehlen

Leo Gehlen
(Fraktionsvorsitzender)



Stadt Eschweiler

Der Bürgermeister

Stadt Eschweiler, Postfach 1328, 52233 Eschweiler

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
z.H. Herrn Pieta

SPD-Fraktion
z.H. Herrn Gehlen

im Hause

Neuregelung der Elternbeiträge für Tagesstätten durch die Landesregierung; gemeinsame Anfrage vom 27.01.2006

Sehr geehrte Herren,

die von Ihnen angefragten Punkte im Zusammenhang mit den seitens der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2006 geplanten Mittelkürzungen im Bereich der Kindertagesstätten werden wie folgt beantwortet.

Zu 1.)

Im Rahmen der vorgesehenen Festschreibung des Landesanteils an den Betriebskosten der Kindertagesstätten auf 30,5 % im veröffentlichten Entwurf zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) müsste bei der Stadt Eschweiler in Zukunft jährlich ein Elternbeitragsaufkommen in Höhe von ca. 18 % des Gesamtbetriebskostenaufkommens aller Tageseinrichtungen im Stadtgebiet erzielt werden, damit die Festschreibung des Landeszuschusses nicht zu einem Einnahmeausfall für die Stadt führen würde. Tatsächlich werden aber durchschnittlich jährlich bei den Elternbeiträgen nur ca. 16 % an Rückeinnahmen erreicht.

Die Reduzierung der Landesmittel hätte insofern z.B. bei Zugrundelegung der für den Betrieb aller Eschweiler Tageseinrichtungen in 2005 angefallenen Betriebskosten eine Mindereinnahme in Höhe von ca. 60.400,00 € ausgemacht. Bei einem angenommenen erwarteten Elternbeitragsaufkommen von 19 % - wie aus den ursprünglich geführten Diskussionen zu entnehmen war - hätte die Stadt sogar ein Zuschussdefizit von ca. 100.000,00 € hinnehmen müssen.

Diese Musterberechnung macht deutlich, dass die Kommunen bei Wegfall des sog. „Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahrens“ in der Landesbezuschussung und schwankendem, eher weiter rückläufigem Elternbeitragsaufkommen zukünftig immer weniger in die Lage versetzt werden, ihren Eigenanteil an der Finanzierung der Betriebskosten ihrer Kindertagesstätten zu kalkulieren und zu finanzieren.



Dienstgebäude:
Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler
Internet:
www.eschweiler.de
Email:
stadtverwaltung@eschweiler.de
Telefon Zentrale:
02403/71-0

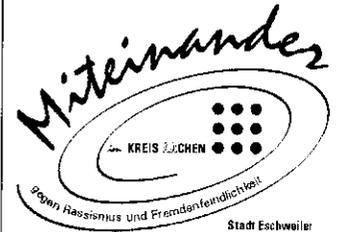
Dienststelle:
Jugendamt

Auskunft erteilt:
Frau Joußen

Zimmer: 272
Telefon: 02403/71-279
Fax: 02403/71-577
Email:
vera.joussen@eschweiler.de

Ihr Zeichen:
Mein Zeichen: 510.1/Jou.

Datum: 02.2006



Öffnungszeiten im Rathaus:
Montag - Mittwoch
8.30 - 12.00 Uhr
Donnerstag
14.00 - 17.45 Uhr
Freitag
8.30 - 12.00 Uhr

Bankverbindungen:

Sparkasse Aachen
1216100 (BLZ 390 500 00)

SEB AG Aachen
1600000400 (BLZ 390 101 11)

Dresdner Bank Aachen
170281600 (BLZ 370 800 40)

Postbank Köln
3824509 (BLZ 370 100 50)

Raiffeisen-Bank Eschweiler
2500116016 (BLZ 393 622 54)

VR-Bank eG
6103948019 (BLZ 391 629 80)

Zu 2.)

Um die ausbleibenden Landesmittel für den städt. Haushalt auszugleichen, hätten z.B. bezogen auf das vorgenannte Berechnungsbeispiel mit den Werten aus 2005 die Elternbeiträge pro Kindergartenplatz monatlich um ca. 4,23 € (bei Mindereinnahme Landeszuschuss von 60.400,00 €) bzw. um ca. 7,00 € (bei Mindereinnahme Landeszuschuss von 100.000,00 €) erhöht werden müssen.

Bei dieser Berechnungsvariante wird klar, dass es einer Kommune zukünftig nur dann möglich sein würde, den fehlenden Landesanteil durch jeweils entsprechende Erhöhung der Kindergartenbeiträge ausschließlich zu kompensieren, wenn die Elternbeitragstabelle jährlich angepasst würde, was in der praktischen Umsetzung absolut unrealistisch wäre.

Zu 3.)

Die auch für 2006 durch die Landesregierung vorgesehene Kürzung der Sachkostenpauschale ergibt für die verschiedenen Träger der Kindertagesstätten jährlich folgende Mindereinnahmen, die ihren Eigenanteil an der Betriebskostenrefinanzierung entsprechend erhöhen:

Stadt	65.274,00 €
Bistum	93.654,00 €
AWO	22.704,00 €
DRK	5.676,00 €
Elterninitiative	11.352,00 €.

Mit freundlichen Grüßen

Bertram

Durchschriften

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

UWG-Fraktion

Dez. II